



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-
Pfalz

Adam-Karrillon-Str. 62

55118 Mainz

Telefon: 06131/67 63 38

Internet: www.rlp-brh.de

E-Mail: banten@rlp-brh.de

Ausgabe 6

September 2017

Wahlen zum Deutschen Bundestag 2017

Sehr geehrte Kolleginnen,
sehr geehrte Kollegen,

seit der letzten Bundestagswahl sind schon wieder vier Jahre vergangen. Seit einigen Tagen hängen die bunten Wahlplakate wieder an allen Ecken und fordern uns Wähler auf, die richtige Partei zu wählen.

Das ohne Spannung erwartete Duell zwischen der Bundeskanzlerin und dem Herausforderer Martin Schulz endete auch ohne große Überraschung. Schulz attackierte die Bundeskanzlerin und sie ruhte sich auf ihren Lorbeeren aus. Einen einzigen Widerspruch erntete sie über ihre Erklärung, dass die Rente mit 70 bei ihr nicht kommen wird. Schulz erinnerte sie daran, dass sie auch vor vier Jahren ähnlich erklärt hatte „eine PKW-Maut sei mit ihr nicht zu machen“ und jetzt sei sie da. Etwas forscher als bei der Diskussion der beiden Spitzenkandidaten ging es einen Abend später zu, als die fünf kleinen Parteien, die sich Hoffnung auf den Einzug in den Bundestag machen, ihren Auftritt hatten. Hier wurden tatsächlich die Unterschiede zwischen den einzelnen Parteien herausgearbeitet.

Ohne jetzt über Mehrheiten und Koalitionen zu spekulieren, stellt sich mir die Frage, wie es in den nächsten vier Jahren mit der Schlafwagenpolitik von Angela Merkel weitergehen soll. Verfällt die Bundesrepublik in der nächsten Regierungsperiode in eine Agonie, wie in den letzten vier Kanzlerjahren von Helmut Kohl? Nach der Auffassung von Spitzenpolitikern der Union ist die vierte Amtszeit von Merkel alternativlos und was soll dann kommen. Eine Begrenzung der Amtszeit einer Kanzlerin auf zwei Wahlperioden, wie z. B. in den USA, wäre vielleicht hilfreich.

Eine Sternstunde der Politik war die letzte Sitzung des Deutschen Bundestages, nicht zuletzt durch die Rede des scheidenden Bundestagspräsidenten Norbert Lammers, der ein Plädoyer für die Demokratie hielt. Er forderte die zukünftigen Mitglieder des Deutschen Bundestages auf, die mühsam errungenen Eigenschaften des Parlamentes zu wahren und über den Wettbewerb der Parteien hinweg den Konsens gegen Fanatiker und gegen Fundamentalisten zu suchen. Die Wählerinnen und Wähler rief der Bundestagspräsident dazu auf, von dem Königsrecht der Demokraten Gebrauch zu machen, und selbst entscheiden zu können, von wem sie regiert werden wollen.

Er erinnerte auch an den Bau und den Fall der Mauer in Berlin. Wörtlich sagte er:

„Wenn wir in diesem Jahr am 9. November an den Fall der Mauer 1989 erinnern, dann ist seitdem zum ersten Mal so viel Zeit vergangen, wie sie gestanden hat. Seit der Wiederherstellung der deutschen Einheit und dem Umzug von Parlament und Regierung von Bonn nach Berlin habe sich vieles verändert.“

Ganz wichtig erscheinen mir die nachfolgenden Feststellungen. Der Deutsche Bundestag sei im Vergleich zu anderen Parlamenten innerhalb und außerhalb der Europäischen Union in seinen verfassungsmäßigen Aufgaben, seiner Zusammensetzung und seiner Ausstattung stärker und einflussreicher als die meisten Parlamente auf diesem Globus.

Aber der Bundestag sei, nach seiner Auffassung, nicht immer so gut, wie er sein könnte. Dass das Parlament nicht nur die Regierung bestellen, sondern sie auch kontrollieren kann, sei im Allgemeinen unbestritten. Im konkreten parlamentarischen Alltag sei der Eifer des Bundestages bei der Kontrolle nicht so besonders ausgeprägt.

Im Artikel 38 des Grundgesetzes stehe, dass die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Vertreter des ganzen Volkes und an Aufträge und Weisungen nicht gebunden, sondern nur ihrem Gewissen unterworfen sind. So das Grundgesetz und so sei es auch gemeint. Das Regierungsbefragungen noch immer zu Themen stattfinden, die die Regierung vorgebe, sei unter den Mindestansprüchen für ein selbstbewusstes Parlament. Er rügte den allzu großzügigen Umgang mit der Verfassung und stellte für das zukünftige Parlament fest:

„Hier im Deutschen Bundestag schlägt das Herz der Demokratie oder es schlägt nicht“.

Wählerverhalten des öffentlichen Dienstes nach einer Forsa Umfrage im Auftrag des Deutschen Beamtenbundes.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes sehen exakt in der Mitte der Gesellschaft, da, wo die Wahlen entschieden werden. Das stellte der Vorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, zu einer Forsa-Sonderumfrage zu den Wahlabsichten des öffentlichen Dienstes fest. Das sollte den Parteien zu denken eben. Die Beamten und Angestellten im Staatsdienst können die Bundestagswahl entscheiden. Sie sind politisch interessiert entscheiden sich früher und weisen zudem eine höhere Parteienbindung auf als der Durchschnitt der Bevölkerung.

Auch das beamtete Kolleginnen und Kollegen dabei eher der CDU zuneigen und Tarifbeschäftigte eher der SPD, macht für den dbb Chef durchaus Sinn: „Traditionell werden der SPD auf dem Feld soziale Sicherungssysteme mehr Kompetenzen zugebilligt, der CDU beispielsweise eher zum Thema „innere Sicherheit“. Tarifbeschäftigte sind von sozialpolitischen Entscheidungen direkter betroffen als Beamtinnen und Beamte. Bedenklich sei aus der Sicht des dbb, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes über alle Parteigrenzen hinweg den Politikern wenig Kompetenz im generellen Umgang mit dem öffentlichen Dienst einräumen. Dass 40 Prozent der Beschäftigten den Parteien nicht zutrauen, für Respekt und Anerkennung gegenüber dem öffentlichen Dienst zu sorgen und 33 Prozent glauben, keine Partei würde sich für eine gerechte Bezahlung einsetzen, ist aus der Sicht des dbb alarmierend. Hier müssten nach der Auffassung des Vorsitzenden die Wahlkämpfer noch viel Überzeugungsarbeit leisten.

Wir alle sollten unser Recht in Anspruch nehmen und am 24. September zur Wahl gehen.

Mit kollegialen Grüßen

Ihr


Landesvorsitzender